

Antrag

der Fraktion des Zentrums

betr. Zahlungen der Industrie an politische Fonds.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, die Landesregierungen Niedersachsen und Hessen zu veranlassen, durch die zuständigen Finanzbehörden feststellen zu lassen, ob die von Seiten der Gewerkschaft Elwerath und sonst von Seiten der Industrie an das Büro Heinrichsbauer, Frankfurt/Main, für die von diesem verwalteten Wahlkampf-fonds oder an andere Wahlkampf- oder politische Fonds gezahlten Beträge ordnungsgemäß als Unkosten oder als Gewinnausschüttung verbucht und versteuert worden sind, ferner, ob die zuständigen Organe einer derartigen Verwendung von Gewinnen zugestimmt haben, insbesondere bei den Gesellschaften, bei denen Länder oder der Bund beteiligt sind.

Bonn, den 10. November 1950

Dr. Bertram Dr. Reismann Frau Arnold
Pannenbecker Willenberg
Frau Wessel und Fraktion